



# Frieden. Wie geht das?

IST EIN LEBEN ohne Krieg möglich in Kolumbien, wo sich Armee, Rebellen und Paramilitärs seit 50 Jahren bekämpfen? Immerhin verhandeln die Parteien nun. Und die Ureinwohner begehren auf und schaffen sich eigene Friedenszonen

VON MICHAEL STÜHRENBERG [TEXT] UND STEPHEN FERRY UND JONAS WRESCH [FOTOS]

A close-up photograph of a young boy with dark hair and brown eyes. He is wearing a green t-shirt with a red and white striped armband on his left arm. He is looking slightly upwards and to the right with a neutral to slightly somber expression. The background is a lush green hillside under a clear sky.

Spezialkräfte der kolumbianischen Armee auf dem Rückzug: Die Ureinwohner, die »indígenas«, verlangen von den Soldaten, Abstand zu ihren Dörfern zu halten. Zu oft sind Kinder ins Kreuzfeuer geraten

# Für die Droge wird die Nacht zum Tag

»Cripa«, eine neue Marihuana-Sorte, beschert den Drogenbauern in der Provinz Cauca einen Boom. Das starke Kraut verkauft sich teuer, benötigt zum Wachsen aber Licht rund um die Uhr. Allnächtlich erstrahlen deshalb die Treibhäuser der Region im Licht von Abertausenden LED-Lampen







Volksjustiz: FARC-Guerilleros vor einem Gericht der Ureinwohner. Carlos Iván Silva (r.) soll wegen Mordes 60 Jahre ins Gefängnis

**D**er Krieg ist zurück in Toribío, doch Carlos Antonio Latacúé ist entschlossen, ihn zu beenden. In der Frühe marschiert der kleine, gedrungene Mann deswegen mit vier weiteren Männern durch den Wald oberhalb des Ortes im Südwesten Kolumbiens. Sie gehören der „Guardia Indígena“ an, der Schutztruppe der Ureinwohner vom Volk der Nasa. Sie tragen nur bunt verzierte Stöcke mit sich. Gewaltlos wollen sie die Gewalt beenden; das Vorhaben erscheint wagemutig, mindestens.

In den Bergen haben sich Soldaten der kolumbianischen Armee eingenistet. Ein paar Tage zuvor hatten FARC-Guerilleros den Armeeposten angegriffen; im Kreuzfeuer wurde ein Zivilist angeschossen. Weiße Fähnchen schwenkend, waren die Ureinwohner aus Toribío angerückt und hatten den Verletzten in Sicherheit gebracht. „Jetzt werden wir den Militärs



den Abzug befehlen“, sagt Latacúé mit sanfter Stimme. „Ich habe einen Mann vorausgeschickt, dann können die Soldaten schon mal ihre Sachen packen.“

Doch als Latacúé am Armeeposten ankommt, frühstücken einige der rund ein Dutzend Soldaten, andere waschen sich in einem Bach. Der Kundschafter, den Latacúé vorausgeschickt hatte, be-

klagt sich: „Die beiden dort drüben haben mich bedroht.“ Er zeigt auf zwei finstere Kerle, die sich gerade die Zähne putzen. „Sie sagen, sie würden in die Stadt kommen und mich umlegen.“

Den bunten Stock schräg vor der Brust, stellt Latacúé die Soldaten zur Rede: „Laut Genfer Konvention müssen Sie 1000 Meter Abstand zu zivilen Wohngebieten halten. Sehen Sie das Haus dort? Das ist eine Schule. Wir bitten Sie mit gebührendem Respekt, sich unverzüglich zurückzuziehen.“ Der Truppführer ruft seinen Kommandeur an. Lange dauert das Telefonat nicht: „Aha. Verstanden, Herr Hauptmann. Dann ziehen wir uns zurück.“ Carlos Antonio Latacúé schaut auf seine Armbanduhr: „Halb zehn. Bis elf Uhr sollten Sie weg sein.“

Soldaten, die freiwillig vor Zivilisten zurückweichen? Noch vor Kurzem wäre dies hier undenkbar gewesen. Im Bürgerkrieg haben seit der Gründung der FARC, der „Revolutionären Streitkräfte Kolum-



»Bis elf Uhr sollten Sie weg sein!«: Bauern verhandeln mit Soldaten über deren Abzug

biens“, vor 50 Jahren mindestens 200 000 Menschen das Leben verloren. Wer in der Spirale aus Gewalt und Gegengewalt zwischen die Fronten geriet, musste fliehen oder sterben. Die Bauern in den Bergen der Zentralkordillere leben seit jeher zwischen Hammer und Amboss: zwischen marxistischen Guerilleros, die sie „befreien“ wollen, und Soldaten, die sie zu „beschützen“ versprechen.

Doch nun steht Kolumbien vor einer Zeitenwende. Auf neutralem Boden, in Kubas Hauptstadt Havanna, verhandeln die kolumbianische Regierung und Aufständische seit mehr als zwei Jahren über einen Friedensvertrag. Noch in diesem Jahr könnte das Abkommen den ältesten Guerillakrieg des Kontinents beenden, dann könnten die Menschen etwas erfahren, was sie nur aus den Erzählungen der Vorfäder kennen: ein Leben ohne Krieg.

Doch ein Besuch in Toribío im Herzen des Guerillagebiets zeigt, wie zäh dieser Frieden errungen werden muss.

Toribío gilt als der am härtesten umkämpfte Ort Kolumbiens. Das Bauerndorf mit knapp 2000 Einwohnern dehnt sich in einer Talsenke aus, umgeben von dicht bewaldeten Bergen, die den Kämpfern der FARC seit jeher als Rückzugsgebiet dienen. Wieder und wieder hat die Armee Truppen in das Gebiet geschickt, um es zu „befrieden“, ohne der Guerilla je Herr zu werden. „In den vergangenen zehn Jahren sind wir mehr als 700-mal unter Beschuss geraten“, erzählt

Esneyder Gómez, der Gouverneur des Indianerreservats von Toribío. „14-mal hat die Guerilla den Ort eingenommen. Zweimal hat es Terroranschläge gegeben.“ Die Polizeistation am Stadtrand von Toribío, mit Sandsäcken gesichert und zur Festung ausgebaut, ist umgeben von Ruinen, seit die FARC dort im Juli 2011 einen mit Sprengstoff gefüllten Bus hochgehen ließen. Drei Menschen kamen dabei ums Leben, 57 wurden verletzt. Von den Häusern rundum stehen nur noch Wände; auf eine hat jemand den Schriftzug „Odio su guerra!“ gemalt: „Ich hasse euren Krieg!“

„Wir wollen weder Armee noch Guerilla hier haben“, sagt Esneyder Gómez. Gómez agiert wie ein Boxer im Halbschwergewicht, einerseits massiv und draufgängerisch, andererseits taktisch umsichtig. „Für unseren Schutz sorgt die Guardia Indígena“, erklärt er, „die bewirkt mit ihren Stöcken mehr als Soldaten und Polizisten mit Gewehren und Pistolen. Unsere Stadt ist frei von Kriminalität.“

Per Gesetz herrschen die Ureinwohner Kolumbiens seit 1991 über insgesamt 788 Territorien mit festen Grenzen und eigener Verwaltung. Auch Toribío zählt zu diesen „Resguardos Indigenas“, in denen alles Land als kollektives Eigentum gilt. Die 81 indigenen Völker machen 3,4 Prozent der Bevölkerung aus, verfügen aber über 28 Prozent der Fläche Kolumbiens.

Aber das Gesetz ist eine Sache, das Recht des Stärkeren ist eine andere. Großgrundbesitzer und das Militär verdächtigten die Indigenen stets, mit der Guerilla zu kollaborieren. Im April 2001 massakrierten Todesschwadronen der Autodefensas Unidas de Colombia (AUC), rechtsgerichteter Paramilitärs, mehr als 200 Ureinwohner vom Volk der Nasa in El Naya, nicht weit von Toribío entfernt. Die Vorläufer der AUC waren in den späten 1960er Jahren als Bürgerwehren gegen die FARC entstanden und entwickelten sich zur brutalsten Terrororganisation



Wieder ein Begräbnis: Angehörige trauern um einen Toten der lokalen Volkswehr

# Die Stadt beklagt ihre Toten

Manuel Tumiña liegt aufgebahrt in seinem Haus in Toribío. Er gehörte der »Guardia Indígena« an, einer unbewaffneten Schutztruppe, und wurde von einem Guerillero erschossen. An seiner Beerdigung nehmen später 2000 wütende Ureinwohner teil, die genug haben vom Bürgerkrieg in ihrem Tal







Zuckerrohr macht viel Arbeit, aber nur wenige reich. Denn noch immer ist das Land in Kolumbien ungerecht verteilt

Lateinamerikas. Im Jahr 2003 handelte der damalige Präsident Álvaro Uribe die Demobilisierung der Mörderbanden aus, die sich überwiegend durch Drogenhandel und Entführungen finanzierten.

Doch gibt es Zweifel, ob die AUC tatsächlich je komplett aufgelöst wurden, und Uribe selbst, heute Senator und ein mächtiger Feind der Friedensgespräche, werden engste Verbindungen zu den Paramilitärs nachgesagt. „Neo-Paras“, neue Banden, haben die Rolle der AUC in vielen Teilen des Landes übernommen.

Im Juli 2012 setzten sich die Einwohner von Toribío dann zur Wehr.

Im Vorfeld der Friedensverhandlungen hatte Präsident Juan Manuel Santos 3000 zusätzliche Soldaten in die Provinz Cauca geschickt, um die FARC in ihrer Hochburg zu schwächen. Das Militär war mit Kampffliegern, Heliokoptern und schwerer Artillerie angerückt. Toribío wurde zum Schlachtfeld; der Verband der

indigenen Räte forderte den Präsidenten auf, die Truppen zurückzubordern. Doch dieser entgegnete brusk, er werde keinen Quadratmillimeter dieses Territoriums demilitarisieren.

Daraufhin erkloppen gut 500 Zivilisten den „Cerro El Berlín“, einen provisorischen Armeestützpunkt auf einem Hügel vor der Stadt. Die Soldaten feuerten Warnschüsse und Tränengasgranaten, wagten es aber nicht, in die Menge zu schießen; wohl auch, weil die Indigenen mit Kameras angerückt waren, um die Einnahme zu dokumentieren.

Die Ureinwohner bauten die Armeezelte ab und beschimpften und bedrängten die Militärs; und als einige Soldaten sich weigerten, den Stützpunkt aufzugeben, wurden sie an allen vierern vom Hügel getragen. Niemand wurde verletzt, nur der patriotische Stolz. Als das Nachrichtenmagazin „Semana“ das Foto eines weinenden Soldaten auf den Titel brach-

te, tobten in Bogotá rechtsgerichtete Politiker vor Wut.

**D**ie FARC allerdings weigerten sich, ihr Rückzugsgebiet rund um Toribío aufzugeben und die Indigenen in Frieden zu lassen. Im Gegenteil: „Sie rekrutieren unsere Kinder“, klagt Esneyder Gómez. „Kürzlich hat hier ein Zwölfjähriger einen 13-Jährigen im Streit erschossen. Beide Guerilleros! Beide Nasa! Wir können das nicht dulden.“

Im November 2014 kommt es schließlich zum Zusammenstoß in Toribío. FARC-Kämpfer hängen ein Propaganda-Plakat auf, Männer der Guardia Indígena reißen es herunter. Im Streit erschießen die Guerilleros zwei Indigene. Es ist ein grausames Verbrechen, die beiden Männer verbluten.

Zum Begräbnis kommen 2000 Menschen, viele in Tracht gehüllt, um ein Spalier aus bunten Stöcken für die Särge

zu bilden. Die Wut kocht hoch in Toribío; die Männer der Guardia Indígena genießen hohes Ansehen bei den Bauern, sie repräsentieren das Volk der Nasa, und sie begeben sich freiwillig und unbewaffnet in Gefahr. Ein Angriff auf die Guardia ist ein Angriff auf die Autonomie der Nasa.

Gouverneur Esneyder Gómez schickt erneut Männer in den Wald, diesmal, um die FARC-Kämpfer aufzuspüren. Sie finden sieben schwer bewaffnete junge Männer; die Verhandlungen mit ihnen sind schwierig. Unter den Guardias ist auch der Bruder eines Ermordeten. Einer der FARC-Kämpfer hält eine Granate in den Händen und droht, alle gemeinsam in den Tod zu reißen. Doch am Ende lenken die Guerilleros, ebenfalls Nasa, ein. Sie legen ihre Waffen nieder und folgen den Einheimischen ins Tal.

Sie haben keine Ahnung, was sie dort erwarten. In ihrem Territorium sprechen die Indigenen selbst Recht, nach ihren eigenen Bräuchen und Gesetzen. Ihre Urteile fällt das Volk, und sie sind verbindlich auch für die kolumbianische Justiz.

In der Versammlungs- und Festhalle des Ortes, an deren Wand eine Wiphala prangt, die regenbogenbunte Flagge der indigenen Andenvölker, halten die Nasa Gericht über die FARC-Guerilleros. Mehr als 1000 Menschen drängen sich im Saal, Tausende mehr warten draußen vor der Tür. Die Stimmung ist aufgeheizt; die Beerdigung hat erst am Tag zuvor stattgefunden. Die Angeklagten treten allesamt ohne Verteidiger an, sie haben drei Minuten Zeit, ihre Sicht der Dinge darzustellen. Sie verhaspeln sich, sind wohl auch zu ungebildet, sich wirksam zu verteidigen.

Der FARC-Kämpfer Carlos Iván Silva, ein junger Mann mit Narbengesicht, hat die tödlichen Schüsse abgegeben. Das Urteil über ihn soll vom Volk gesprochen werden. Mitglieder des Indigenen Rates, des Gremiums der Selbstverwaltung, leiten die Versammlung. Sie fragen, ob der Mörder ins Gefängnis soll. „Síí“, brüllt es vielhundertfach aus dem Saal zurück, das Volk ist einverstanden. Und für wie lange? „60 Jahre“, rufen Einzelne, dann mehrere. „60 Jahre?“, fragt der Verhandlungsführer. „Síí, 60!“, ja, 60 Jahre sollen es sein.

Für die Mittäter schlagen die Ratsmitglieder zunächst Peitschenhiebe vor, doch das ist dem Volk zu wenig. Aber die-

se Männer hätten doch niemanden direkt getötet, versuchen die Versammlungsführer das Volk zu beschwichtigen. Ohne Chance. Erst bei 40 Jahren Gefängnis für die vier volljährige Mittäter ist die Menge zufrieden.

Die beiden minderjährigen Guerilleros werden zu je 20 Peitschenhieben verurteilt. Direkt nach der Verhandlung müssen sie die Hosenbeine hochkrempeeln. Vor den Augen aller schlagen kräftige Männer mit einer Lederpeitsche ihre Waden blutig. Danach kommen die Jugendlichen in ein staatliches Erziehungsheim. Wenn sie volljährig sind, müssen sie noch einmal vor Gericht erscheinen.

Schließlich ordnet die Versammlung an, die Waffen der FARC-Kämpfer zu zerstören. Tausende sehen schweigend zu, wie ein Arbeiter die Sturmgewehre mit einem Trennschleifer zersägt und die Einzelteile danach ins Feuer wirft.

In der Woche nach der Gerichtsverhandlung bleibt die Stimmung in Toribío angespannt; Gerüchte machen die Runde, wonach die FARC auf Rache sinnen. Immer wieder fällt der Strom aus, die Menschen blicken angstvoll in die Berge. Doch Comandante Timochenko, Oberkommandierender der Rebellen, der über mehr als 8000 Männer und Frauen unter Waffen verfügt, veröffentlicht nur ein hilfloses Communiqué, das trifft vor revolutionä-

rer Prosa, über die „absurde Bestrafung“; unterzeichnet: aus dem „Dschungel Kolumbiens“. Der Comandante will die Friedensverhandlungen in Havanna nicht durch ein erneutes Massaker gefährden.

Für die FARC sind die Urteile von Toribío ein Desaster: Sie zeigen, dass die „Befreiungsarmee“ den Rückhalt bei den Indigenen verloren hat. Ohnehin schrumpft die Machtbasis der Bauernguerilla seit Jahren. Fast sechs Millionen Menschen sind in Kolumbien auf der Flucht vor Krieg und Vertreibung; auch deswegen leben heute 75 Prozent aller Kolumbianer in urbanen Zentren. Dort, in den Millionenmetropolen Bogotá, Medellín und Cali, haben die FARC kaum politischen Rückhalt.

Auch historisch betrachtet ist Kolumbiens Guerilla längst ein Anachronismus. Vor 40 Jahren gab es in fast allen Ländern südlich von Mexiko revolutionäre Rebellengruppen, die sich gegen Unterdrückung und Armut auflehnten. Vorbild waren die bärigen Revolutionäre Kubas unter Fidel Castro. Doch der Castro-Sozialismus blieb autoritär und arm, und alle Versuche, die kubanische Rebellion zu exportieren, scheiterten. In den großen Ländern des Kontinents – Brasilien, Chile, Argentinien, Peru, Venezuela, Bolivien – wurde die Guerilla militärisch besiegt,



»Die Waffen niederlegen? Niemals!«: FARC-Guerillero »Ernesto« traut dem Frieden nicht

# Diese Waffen werden schweigen

Das Gericht der Ureinwohner hat die Guerilleros verurteilt – nun werden ihre Waffen auf dem Marktplatz zerstört. Vor den Augen aller, so hat es die Dorfgemeinschaft in einer öffentlichen Abstimmung beschlossen. Ein symbolischer Akt: Wir verteidigen uns selbst!







»Verschwindet, wir hassen euren Krieg!«: Wandmalerei in Toribío, wo die Ureinwohner keine Soldaten mehr sehen wollen

und die Diktatoren wurden meist von friedlichem Widerstand aus dem Amt gedrängt. Zwar leben noch immer viele Menschen auf dem Kontinent im Elend, aber die Armutsraten sinken.

Einige Guerilla-Veteranen sind inzwischen selbst an der Regierung; Dilma Rousseff in Brasilien, José Mujica in Uruguay, Salvador Sánchez Cerén in El Salvador und Daniel Ortega in Nicaragua. Sie gelangten durch Wahlsiege an die Macht. Bewaffneter Kampf hat als politisches Mittel in Lateinamerika ausgedient.

In Kolumbien verpassten Regierung und Guerilla mehrfach die historische Chance auf Frieden; vielleicht auch, weil der Krieg beiden Parteien politisch und ökonomisch lukrativer erschien. „Das letzte Mal, als wir politische Partizipation aushandelten, wurden wir dafür durch einen Massenmord bestraft“, klagt

ein FARC-Kämpfer an, den das GEO-Team in den Bergen von Cauca trifft. 1985 hatten Linke eine Partei gegründet, die Unión Patriótica (UP), als politischen Flügel der FARC. Sie wurde zur Zielscheibe für Paramilitärs, die in den folgenden Jahren 5000 UP-Mitglieder ermordete, darunter Parlamentsabgeordnete und Bürgermeister. „Dieses Risiko werden wir nicht noch einmal eingehen.“

Der FARC-Kämpfer, der erst nach Verhandlungen über Mittelmänner bereit war, sich mit Reportern von GEO zu treffen, nennt sich »Ernesto«, nach Che Guevara, dem legendären Guerillero, der lange tot war, bevor dieser Ernesto in Cauca zur Welt kam. Er ist dicklich für einen Guerillero, der in den Bergen lebt; obwohl erst 32 Jahre alt, gehört er bereits mehr als die Hälfte seines Lebens den FARC an.

Das Treffen findet im Hof einer Bauernhütte statt; Ernesto setzt sich breitbe-

nig auf einen Hocker. Auf den Schenkeln ruht ein amerikanisches M16-Gewehr; an den matschbefleckten Gummistiefeln schnuppert ein dürrer Hund. Drinnen in der Hütte röhrt ein krankes Kind. „Diese Leute können sich keinen Arzt leisten“, sagt der Guerillero: „In 50 Jahren hat sich in Kolumbien fast nichts geändert.“

Dennoch wollen die FARC jetzt ein Ende der Gewalt, behauptet Ernesto. In Wahrheit aber bleibt der Guerilla kaum eine Wahl. Die legendären Führer der Guerilla sind tot, vier von ihnen starben allein in den vergangenen zehn Jahren an Altersschwäche oder im Kampf. Einen der Führer, genannt „Mono Jojoy“, hatten Soldaten aufgespürt, nachdem ein Verräter einen GPS-Sender in einem seiner Stiefel versteckt hatte: Die Wälder bieten keinen Schutz mehr.

Für die Führungsriege der FARC gibt es bei den Verhandlungen in Havanna die



Lohnende Ernte: Drogenbauer Oliberto Dagua erntet Marihuana erster Qualität ...

Chance, sich aus einem verlorenen Krieg zurückzuziehen und nach milden Strafen in Frieden das Rentenalter zu erreichen. Die demobilisierten Paramilitärs etwa, darunter mehrfache Mörder, kamen mit Gefängnisstrafen von acht Jahren davon.

Den einfachen Kämpfern aber verspricht der Frieden noch keine klare Perspektive, weshalb Ernesto lieber nicht vom Frieden spricht, sondern vom „Postkonflikt“. Und wann werden die Guerillas ihre Waffen niederlegen? „Wir werden unsere Waffen niemals abgeben“, schwört der FARC-Kämpfer. „Das wäre Verrat, und auf Verrat steht bei uns die Todesstrafe. Die Waffen gehören nicht der Guerilla, sondern dem Volk!“ Allenfalls könnten die FARC ihre Gewehre in Dschungel-Depots verstecken. „Solche Waffenkammern würden die Gegner des Friedens zu mehr Vorsicht motivieren.“

**W**affen lassen sich vergraben. Was aber soll im Frieden aus 8000 Guerilleros werden, die in ihrem Leben nichts anderes gelernt haben als zu marschieren und zu schießen? In Havanna gehen die Verhandlungen im Dezember 2014 bereits in die 31. Runde, auch, um diese entscheidende Frage zu klären. Die FARC schlagen vor, ein Zwölftel der Fläche des Landes als neue „Zonas de Reserva Campesina“ (ZRC) auszuweisen, bürgerliche Schutzonen mit weitgehender Autonomie. Es ist ein Versuch, jene Ziele am Verhandlungstisch durchzusetzen, die die FARC sich gesetzt und in

50 Jahren bewaffnetem Kampf nie erreicht hatten: Landreform und bürgerliche Selbstverwaltung. Nebenbei könnten die Gebiete ehemaligen FARC-Kämpfern als Rückzugsraum dienen.

Vergleichbare Schutzonen gibt es in Kolumbien im Prinzip schon seit 1994, als Refugien für Kleinbauern, die von Viehzüchtern und Plantagenbesitzern vertrieben worden waren. Das Land aber ist immer noch ungerecht verteilt. „In unserer Gegend befinden sich 80 Prozent der Felder in den Händen von 1,5 Prozent der Landbesitzer“, sagt Jorge Edison Arias,

Bürgermeister der Kreisstadt Caloto in der Provinz Cauca. „Und 110 000 Campesinos teilen sich 180 000 Hektar Land, das zu 80 Prozent aus Wildnis besteht.“

Wie das Überleben unter solch widrigen Umständen funktioniert, weiß Oliberto Dagua, der die Misere der Bauern in zwei Sätzen zusammenfasst: „Das gute Agrarland in der Ebene gehört den Reichen. Wir Campesinos müssen uns in den Bergen durchschlagen.“ Beim Besuch des GEO-Teams hockt Oliberto Dagua auf dem Boden vor seiner Hütte und zupft Knospen und Blätter von Marihuana-Stielen. Zwar pflanzt Dagua auch Bananen, Mais und Maniok an, für den eigenen Haushalt. Doch von seinen Feldfrüchten leben könnte er nicht. Ein Bündel Kochbananen bringt auf dem Markt von Caloto 6000 Pesos ein, umgerechnet zwei Euro. Allein der Transport dorthin würde 8000 Pesos kosten.

Für ein Pfund Marihuana hingegen bekommen die Campesinos 80 000 Pesos, umgerechnet 28 Euro. Und die Käufer holten die Ware ab, schaffen sie über die westliche Kordillere zur 150 Kilometer entfernten Pazifikküste. Von dort gehen die Drogen weiter in Richtung Mittelamerika und USA.

Oliberto Dagua und seinen Nachbarn ging es wohl noch nie so gut wie heute. Deshalb ärgert es Dagua, dass die FARC



... und zupft zu Hause Knospen und Blätter ab, während der Sohn Schulaufgaben erledigt

## DER LANGE WEG ZUM FRIEDEN

**Wo liegen die Ursprünge für den jahrzehntelangen Bürgerkrieg?** Die „violencia“, wie Kolumbianer die Gewaltspirale in ihrem Land nennen, begann mit dem Mord am liberalen Präsidentschaftskandidaten Jorge Eliécer Gaitán am 9. April 1948. Dem Anschlag folgte ein Bürgerkrieg, der zehnte in 150 Jahren. Bei Kämpfen zwischen Liberalen und Konservativen kamen in den folgenden zehn Jahren bis zu 300 000 Menschen ums Leben. Mit Gründung der marxistischen FARC 1964 flammt die Gewalt erneut auf.

### Warum dauert der aktuelle Bürgerkrieg so lange an?

Der Konflikt wird durch einen florierenden Drogenhandel finanziert, an dem Guerillas und Paramilitärs gleichermaßen verdienen. Das dünn besiedelte, bergige und dicht bewaldete Territorium lässt sich militärisch kaum kontrollieren. Lange Jahre waren außerdem die USA in den Bürgerkrieg verwickelt. Vordergründig unterstützten sie Kolumbiens Regierung beim Kampf gegen den Drogenhandel, doch spielten auch strategische Interessen in Lateinamerika eine wichtige Rolle.

### Wie gut stehen jetzt die Chancen auf Frieden?

Frühere Verhandlungen scheiterten immer wieder, zuletzt 2002, als die Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt im Wahlkampf von den FARC in den Dschungel verschleppt wurde. Sie kam 2008 wieder frei. Der jetzige Präsident Juan Manuel Santos nahm 2010 Kontakt zu den FARC auf, 2012 begannen die Gespräche in Havanna. Verhandelt wird über Landreform und politische Teilhabe der FARC, Entschädigung der Opfer, Entwaffnung der Rebellen und Beendigung des Drogenhandels. Santos bekannte sich 2014 im Präsidentschaftswahlkampf zu den Friedensgesprächen und wurde wiedergewählt – ein Zeichen dafür, dass die Bevölkerung Kolumbiens den Bürgerkrieg endgültig satt hat.



Waffen sind schnell zerstört. Wer aber wird den Kämpfern den Frieden beibringen?

in den Friedensverhandlungen vorgeschlagen haben, Koka- und Marihuana-Pflanzungen zu zerstören und stattdessen herkömmliche Produkte zu pflanzen. „Wir werden unsere Felder verteidigen“, ruft der Campesino mit solchem Nachdruck, dass ein Huhn gackernd ins nächste Dickicht flattert.

**D**er Drogenanbau und -handel wird eine entscheidende Rolle spielen in der Frage, wie friedlich die Zukunft Kolumbiens aussehen kann. Zwar ist der Anteil des Drogenhandels am Bruttonzialprodukt von sechs Prozent in den 1980er Jahren auf heute ein Prozent gefallen, doch das Volumen liegt noch immer bei umgerechnet acht Milliarden Euro jährlich. Derzeit teilen sich gewöhnliche Kriminelle, Paramilitärs und die FARC das Geschäft, wobei die FARC überwiegend für den Schutz der Transitrouten durch „ihr“ Gebiet kassieren – mehr als 250 Millionen Euro jährlich.

Sollten sich die FARC aus dem Drogenhandel zurückziehen, entstünde ein Machtvakuum; zugleich werden in den kommenden Jahren viele Paramilitärs nach Verbüßung ihrer Haftstrafe aus dem Gefängnis freikommen. Im schlimmsten Fall könnte der „Postkonflikt“ in ähnlicher Weise außer Kontrolle geraten wie in El Salvador. Nach dem Friedensabkommen von 1992 schlossen sich dort ehemal-

lige Guerilleros den „Maras“ an, brutalen kriminellen Banden, die Drogen-, Waffen- und Menschenhandel kontrollieren. Seit Jahren herrscht in Mittelamerika offiziell Frieden – de facto erleben die Menschen dort in weiten Teilen einen Albtraum aus Gewalt und Verbrechen.

In den Hügeln rund um Toribío jedenfalls ist eine Abkehr vom Drogenanbau nicht in Sicht. Im Gegenteil: In den vergangenen Jahren hat „Cripa“, eine neue, stärkere Marihuana-Variante, den Bauern einen Boom verschafft. Die transgene Sorte, angeblich von Agrarkonzernen in den USA entwickelt und als Samen importiert, wächst binnen weniger Wochen zum potenten Stoff, braucht dafür aber rund um die Uhr Licht. So sind die Hügel in der Provinz Cauca nachts hell erleuchtet. Von Weitem wirken die Reihen der LED-Lampen, unter denen die Pflanzen heranwachsen, wie ein Landefeuер für Ufos. Als Vorboten unruhiger Zeiten.

Die Menschen in Toribío jedenfalls rüsten sich jetzt schon mit Wachsamkeit für den Frieden. Viele fürchten, er könnte gewalttätiger werden als der Krieg. //

---

MICHAEL STÜHRENBERG und STEPHEN FERRY bereisten Kolumbien mehrfach als Team, zuletzt folgten sie für GEO dem Río Magdalena (GEO Nr. 07/2014). Fotograf JONAS WRESCH lebt und arbeitet in Bogotá.